

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk., für 1 Monat 1 Mk (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Fernsprecher: 18808

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 80 Pfg. bei Platzvorschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die folgende Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die französischen Minderheitssozialisten für Stockholm.

Die neuesten Meldungen.

Wahlrechtsforderungen in Schweden.

Stockholm, 7. Mai. (Svenska Telegramm-Büro.) Die liberale Sammlungspartei hat dem Staatsminister eine Eingabe zugestellt, worin zur baldmöglichen Lösung der Fragen des allgemeinen und gleichen Kommunalstimmrechts sowie des Frauenstimmrechts um Mitwirkung der Regierung ersucht wird. In der Begründung wird ausgesprochen, daß schon lange eine durchgreifende Demokratisierung der schwedischen Gesellschaft notwendig sei, jetzt aber sei die Notwendigkeit so dringend, daß eine schwere Gefahr für das Land vorliege, wenn vor der Auflösung des Reichstags ein entscheidendes Ergebnis nicht erreicht werde. Der Staatsminister erklärte, erst nach Beratung mit den anderen Ministern eine Antwort geben zu können.

Brasilien an der Seite der Vereinigten Staaten.

Rio de Janeiro, 6. Mai. (Meldung der Agence Havas.) Die Grundzüge des Programms des neuen Ministers des Auswärtigen werden wohlwollend und instruktive Mitarbeit auf der Seite der Vereinigten Staaten sein. Bei dem Mangel an militärischen Mitteln würde Brasilien den Vereinigten Staaten alle Möglichkeiten der nationalen Erzeugung zur Verfügung stellen, die hierfür auch auf andere Maßnahmen rechnen, die sich im Laufe der Ereignisse im Interesse der hemisphärischen Sache als notwendig erweisen könnten. Das Vorzeichen Brasiliens würde selbstverständlich den Widerstand des Neutralitätsbündnisses vom 28. April mit sich bringen.

Englische Anleihen in den Vereinigten Staaten.

Washington, 7. Mai. (Meldung des Reuterschen Büros.) Die Regierung beschloß, England 100 Millionen Dollar zu leihen, um seine Bedürfnisse in den Vereinigten Staaten im Mai zu decken. Eine zweite Abschlagszahlung von 25 Millionen wurde heute der englischen Botschaft übermittelt.

Nachmusterung in Frankreich.

Von der schweizerischen Grenze, 8. Mai. Dem Journal zufolge sandte Kriegsminister Poincaré an die kommandierenden Generale ein Rundschreiben, wonach die Rückstellungen der Klassen 1913 bis 17 vom 17. bis 24. Juli vor einer Untersuchungskommission zu erscheinen haben. (Köln. Ztg.)

China und Deutschland.

Von der schweizerischen Grenze, 8. Mai. Wie der Main in einer Meldung aus Peking behauptet, erklärte der chinesische Premierminister, daß er das Parlament auflösen werde, wenn es die Resolution nicht annehme, die die Kriegserklärung an Deutschland vor Ende der Woche herbeiführen soll. (Köln. Ztg.)

Die italienische Presse und die Tauchbootgefahr.

Von der italienischen Grenze, 8. Mai. Der Tauchbootkrieg wird in der italienischen Presse neuerdings ausführlich besprochen. So schreibt die Stampa: Man dürfe keine Vogelstraußpolitik treiben. Die Lage sei ernst und man müsse die Schwierigkeiten offen zugeben. Es sei notwendig, daß man die öffentliche Meinung der verbündeten Länder nicht auf die erste Lage aufmerksam mache und ihr die Notwendigkeit einschränke, durch strenge Maßregeln den Verbrauch zu regeln. Jede beweisbare Verärgerung kommt dem Feinde zugute. Auch im Hinblick auf die russische Revolution habe man vieles zu beachten.

Die Stampa sagt zum Schluss: Diese Wege führen nicht zum Sieg, und den Schwierigkeiten muß man bei ihrem Auftreten ins Gesicht schauen. (Köln. Ztg.)

Keine Zensur für die Presse.

Neuroth, 6. Mai. Der Frankfurter Zeitung wird gemeldet: Das Abgeordnetenhaus lehnte die Forderung der Regierung auf Einführung der vordringenden Zensur für rebelle Auslassungen ab und ordnete an, daß Anfragen gegen Zeitungen, die wegen Veröffentlichung verbotener militärischer Nachrichten verfolgt werden, vor Schwurgerichten verhandelt werden.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 7. Mai bestanden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Das russische Proletariat drängt auf Friedensverhandlungen!

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat den verunglückten Vorstoß Miljutows zu einer eindrucksvollen Aktion für den Frieden ausgenützt. Er fordert die Einleitung von Friedensverhandlungen.

Durch eine besondere Mitteilung des Rates unterstreicht dieser in scharfer Weise die Erklärung der provisorischen Regierung, worin sie die gemäßigteste Note des Ministers des Auswärtigen vom 1. Mai preisgibt. Der Vorschlagsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats hebt mit Nachdruck hervor, wie die Ergänzungsnote an die Vertreter der verbündeten Mächte den Sinn hat, daß die Regierung in einem entscheidenden Siege keinen Gegensatz zu dem Verzicht Russlands auf Sandgewinn und auf die Beschagnahme der Güter von Staatsangehörigen anderer Völker, sowie zu dem Verzicht auf jede Vermeerzung der Macht Russlands auf Kosten anderer Staaten erblickt. Der Rat wendet sich sodann an die revolutionäre Demokratie Petersburgs, die er zu ihrem Entschluß herbeiführt, die Entschlüsse und Kundgebungen gegen die Note vom 1. Mai ergreift, beglückwünscht. Sie habe gefehlt, daß sie die Fragen der auswärtigen Politik mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolgte und darüber wachen werde, daß diese Politik nicht in die imperialistischen Rahmen des alten Regimes abgleiten könne. Die Note vom 1. Mai habe zu dieser Besorgnis begründeten Anlaß gegeben, aber der einseitige Widerspruch der Arbeiter und Soldaten in Petersburg habe der Regierung und allen Völkern der Welt gezeigt, die revolutionäre Demokratie Russlands werde niemals dazwischen willigen, daß seine äußere Politik in den Rahmen des Imperialismus geführt werde und daß ihre Anstrengungen ein unerbittlicher Kampf für den Weltfrieden ist und sein wird. Die Kundgebung schließt mit folgenden Worten:

Die neuen Erklärungen der einseitigen Regierung, die durch diesen Widerspruch veranlaßt, zur öffentlichen Kenntnis gebracht und vom Minister des Auswärtigen den Vertretern der allerersten Mächte mitgeteilt worden sind, machen jeder Ausdeutung der Note in einem den Interessen und Forderungen der revolutionären Demokratie widersprechenden Sinne ein Ende. Die Tatsache, daß ein erster Schritt getan ist, die Frage des Verzichts auf eine Eroberungspolitik zur internationalen Erörterung zu stellen, muß als bedeutungsvoller Sieg der Demokratie angesehen werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat erklärt seinen unerschütterlichen Entschluß, Mühen auf dem Wege des Kampfes für den Frieden zu bleiben, und fordert die ganze revolutionäre Demokratie Russlands auf, sich noch enger um ihn zu schließen. Die Arbeiter- und Soldatenrat beschließen, werden den Widerstand der Regierung brechen und sie zwingen, Friedensbedingungen auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen und Entschädigungen einzuleiten.

Die Forderung dieser Kundgebung liegt auf der Hand. Gestingt es dem Arbeiter- und Soldatenrat, die Regierung weiter in diesem Sinne vorwärts zu drängen, so stehen wir vor der Tatsache, daß die Einleitung von Friedensverhandlungen in Akte müßig ist, sofern die Regierungen der Zentralmächte die entsprechende Haltung einzunehmen wissen. Auf ihnen ruht jetzt eine zentner schwere Verantwortung. Erwählen sie die ihnen dargebotene Hand, entschließen sie sich zu der Annahme eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigung, so kann den leidenden Völkern noch in diesem Sommer der heißersehnte Frieden erblickt werden. Der Reichskanzler wird Schicksalsworte sprechen, wenn er auf die Friedensinterpellation im Reichstage antwortet. Wer den Frieden will, wer aufrichtig für die Beendigung des Krieges wirken will, der muß jetzt alles aufbieten, damit die deutsche Regierung sich endlich zu klaren unabweisenden Erklärungen über ihre Kriegsziele entschließt. Die Sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft hat hier eine wichtige Rolle. Die Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein.

Schon hat die Kundgebung des russischen Proletariats ein Echo im französischen Sozialismus geweckt. Renaudel empfiehlt in der Summe ein Entgegenkommen an die russischen Revolutionäre als zweckmäßig. Er schlägt vor, unter Vorbehalt des Präsidenten Wilson eine neue Beratung der Entente herbeizuführen über die Revision der Kriegsziele (?), wobei Russlands Gelegenheit erhalten würde, seine Auffassung zur Geltung zu bringen.

Über die innere Lage Russlands liegen eine Reihe von Meldungen vor, die da zeigen, daß die Erregung über die Haltung der

provisorischen Regierung auch nach der Erklärung des Arbeiterrats noch nachgittert hat. Es sollen noch weitere Zusammenstöße zwischen Anhängern des Rates und der Regierung stattgefunden haben. Nach einer Stockholmer Meldung sollen ferner die inneren Kämpfe, die infolge der Note entbrannt, weit umfassender und schärfer gewesen sein, als die Meldung der offiziellen Telegraphen-Agentur sie darstellten. Nicht nur in Petersburg, sondern auch in Moskau, Kiew und Odessa hätten am 3. Mai ernstliche Zusammenstöße stattgefunden. In Moskau seien die Straßendemonstrationen so gefährlich gewesen, daß der dortige, von der Regierung eingesetzte Truppenchef, Oberst Grawinow, gegen Abend an den Kriegsminister Gutschkow telegraphierte, er müsse jede Verantwortung für die Wiederherstellung der Ruhe ablehnen, falls ihm nicht regierungsgerechte Truppen aus Petersburg zur Verfügung gestellt würden, da nur zwei Regimenter des Moskauer Grenadierkorps auf seiner Seite der Seite der provisorischen Regierung ständen. Die Ruhe wurde in Moskau erst wieder hergestellt, als in der Nacht auf den 4. der Petersburger Arbeiterrat durch sein Moskauer Komitee die dortigen Truppen verhandelt, die provisorische Regierung sei bereit, sich den Forderungen des Arbeiterrates zu unterwerfen.

In Kronstadt sollen sich heftige Kämpfe zwischen den Anhängern Lenins und den Anhängern der Regierung entsponnen haben. Die Regierung habe ihr treue Regimenter nach Kronstadt schicken müssen. Nach einem Sonderbericht des Stockholmer Dagblades wächst die Nervosität in Petersburg. Die Arbeiter und Angestellten fast aller Betriebe streikten dauernd. Sogar die gemäßigten Elemente des Arbeiter- und Bürgerturns seien durch die fortwährende Unsicherheit, die der Lenin-Bewegung zugeschrieben werde, stark beunruhigt. Die Flügel ins Innere Russlands seien von Flüchtlingen überfüllt, die Soldaten verließen scharenweise die Front. Finnländische Blätter verzeichnen das Gerücht, wonach der englische Botschafter Buchanan aus Petersburg geflohen sei. Eine Bestätigung liegt noch nicht vor.

Die Friedensfrage auf dem Kongress der russischen Arbeiter- und Soldatenräte.

Die Faltung der führenden Kreise der russischen Arbeiterklasse in der Friedensfrage ist bereits am 27. März in dem bekannten Manifest des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates an alle Völker der Welt klar und deutlich umschrieben worden. Inzwischen haben eine Reihe von Bezirkskonferenzen und Kongressen provinzieller Arbeiter- und Soldatenräte sich diesen Aufruf zu eigen gemacht; die neu entstandene sozialistische Presse hat die dem Aufruf zugrunde liegenden Ideen vertieft und in die breiten Kreise der Bevölkerung getragen, während andererseits die bürgerliche Presse, zum Teil auch kleinbürgerlich-demokratische Organe und die hinter ihnen stehenden Parteien und Verbände gegen diese Sturm liefen und eine umfassende Propaganda entfalteten, die auch in die Reihen der Arbeiter und vor allem der Soldaten Eingang fand. Angesichts der einseitigen Verwirrung in der Kriegsstage, wie andererseits auch im Interesse der Zusammenfassung und Vereinheitlichung der revolutionären Tätigkeit der Arbeiter und Soldaten, erwies es sich als notwendig, schleunigst einen allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte einzuberufen. Dieser Kongress fand vom 11. bis 14. April in Petersburg statt, und zwar unter der Teilnahme von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte in 82 Städten, der Exekutivkomitees einzelner Armeen und Truppenteile und den Delegierten des Kongresses der Kosaken, der von 11 Kosakenarmeen besandt worden war.

Der Bericht zur Friedensfrage, deren Erörterung die beiden ersten Kongrestage anstellte, erstattete im Namen des Exekutivkomitees des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates der Genosse Zeretelli. Solange der Appell an die internationale Solidarität der Arbeiterklasse keine Ergebnisse zeitigte, könne die russische Demokratie nichts anderes tun, als ihr Land und damit die Erregungswaffen der Revolution zu verteidigen. Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat habe es bereits durchgesehen, daß die provisorische Regierung öffentlich auf alle Annexionen verzichtete. Dies sei ein Sieg der Demokratie, und man dürfe hoffen, daß jene Sozialdemokraten, die in den westeuropäischen Ländern für dasselbe Ziel wirkten, auch den Sieg davontragen würden. Allerdings sei es vorläufig noch nicht gelungen der zweiten Forderung des Arbeiterrats, an die provisorische Regierung, daß sämtliche Entente-mächte den Verzicht auf alle Annexionen und Kontributionen auszusprechen sollen. Weitung zu verschaffen. Die Demokratie aller Länder müssen ihre Regierungen zwingen, den Weg des Verzichts auf Annexionen zu beschreiten. Solange das aber nicht geschieht, müssen wir gegen den äußeren Feind kämpfen und, indem wir den